

Erziehung und Bildung im Zeitenwandel

„Das Volk bilden“

Volks- und Vorschulen um 1900

Schulorganisation und Schulentwicklung in Deutschland spiegeln im 19. und bis in das 20. Jahrhundert hinein die ständische Prägung der Gesellschaft. Höheres und niederes Schulwesen dienen unterschiedlichen Zwecken: Das Eine vermittelt sowohl zweckfreie Bildung als auch Berechtigung zu Studium und Karriere. Das Andere zielt im Kern auf herrschaftskonforme Untertanenerziehung. An erster Stelle steht die religiöse Unterweisung. Hinzu kommen Lesen, Schreiben, Rechnen und Gesang.

Trotz ständischer Disziplinierung und restaurativer Schulpolitik erzwingt der enorme Modernisierungsdruck seit etwa 1870 einen rasanten Ausbau des Volksschulwesens vor allem in den Städten. Um 1900 ist daher die Volksschule in Theorie und Praxis bereits auf einem relativ respektablen Stand.

Die Grundschule ist zunächst nicht eigenständig, sondern Teil der Volksschule (Klassen 1 bis 4). Die Volksschule insgesamt ist ideell einer „volkstümlichen Bildung“ verpflichtet, sie ist anschauliche, konkrete und praktische Bildung des „kleinen Mannes“. Für eine Minderheit der Schüler dienen die Klassen 1 bis 4 als Vorbereitung auf den Besuch höherer Schulen. Die ständische Zersplitterung des Schulwesens zeigt sich vor allem darin, dass in einigen Reichsländern diese Vorbereitung auch von den so genannten „gymnasialen Vorschulen“ wahrgenommen wird. In Preußen zum Beispiel gibt es 1906 2.558 Vorschulen mit 29.101 Schülern. Diese staatlichen, kommunalen oder privaten Vorschulen sind schulgeldpflichtig und bereiten in einem dreijährigen Lehrgang auf höhere Schulen vor.

„Das echtste pädagogische Ergebnis“

Die Geburtsstunde der Grundschule in der Weimarer Republik

Am 31. Juli 1919 wird die erste demokratische Verfassung Deutschlands beschlossen, die Weimarer Verfassung. Mit dem Reichsgrundschulgesetz vom April 1920 wird die vierjährige Grundschule als Teil des umfassenden Schulsystems verankert. Zugleich wird die Aufhebung der Vorschulen verordnet. Voraussetzung dafür sind die Festlegungen in der Weimarer Reichsverfassung von 1919, in deren § 146 es heißt: „Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf“.

„Ein besonders dummes geistiges Proletariat“

Grundschule im Nationalsozialismus

Die Schule als Erziehungsinstitution hat im Nationalsozialismus ein geringes Ansehen. Denn Schule ist auf Rationalität angelegt, sie vermittelt vor allem Kenntnisse und Fertigkeiten. Politische Glaubensüberzeugungen und politische Mobilisierung im Sinne der neuen Machthaber werden dagegen besser durch Erziehung in Lager und Kolonne erzeugt - so auch die Auffassung des Reichserziehungsministers Bernhard Rust. Schulpolitische Konzeptionslosigkeit und Desinteresse sind deshalb für diese Jahre kennzeichnend und der ideologische aktive Teil der Lehrerschaft stößt zu seiner Enttäuschung bald an Grenzen.

Der größte Teil der Reformpädagogik und das die Weimarer Grundschule prägende Ziel der individuellen Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit werden ebenso abgelehnt wie die

Bezeichnung Grundschule. Stattdessen wird in den Richtlinien des Jahres 1937 von den „unteren vier Jahrgängen der Volksschule“ gesprochen. Diese Richtlinien sind nach Meinung des NS-Lehrerbundes einseitig am Gymnasium orientiert und machen den „Eindruck von Vorschulrichtlinien“, ein Grundbildungskonzept sei nicht erkennbar. Das schulpolitische Desinteresse führt aber auch dazu, dass politisch unauffällige Reformansätze in der Praxis überleben.

Adolf Hitler selbst, der ab 1940 die Schulpolitik durch „Führerbefehle“ an sich zieht, hat von der Grundschularbeit und den dort tätigen Lehrkräften ein extrem negatives Bild: Kleinen Jungen und Mädchen das ABC beizubringen sei wirklich kein Kunststück. Das sei am ehesten der Frau mit ihren mütterlichen Empfindungen zuzumuten. Die Volksschullehrer seien ohnehin ein „ganz besonders dummes und unselbstständiges, geistiges Proletariat“.

Grundschule von 1945 bis 1949

Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland wird bereits im Potsdamer Abkommen (1945) Demokratisierung als Leitziel der Schulreform formuliert.

Chancengleichheit, unentgeltlicher Unterricht und ein gestuftes Schulsystem statt des wie bisher gegliederten sollen helfen, die Demokratisierung zu realisieren.

Vor diesem Hintergrund ist die Verlängerung der Grundschulzeit bis 1948 das zentrale Thema der Grundschulreform. Hamburg und Bremen verlängern die Grundschule auf sechs Jahre, Baden-Württemberg plant dies; die SBZ und Großberlin verlängern auf acht Jahre.

Mit dem heraufziehenden „Kalten Krieg“ gerät jedoch jede Form von Einheitsschule unter Kommunismusverdacht. Die zurückhaltende Politik der westlichen Besatzungsmächte stärkt konservative Kräfte und Interessen, sodass das dreigliedrige Schulsystem mit der vierjährigen Grundschule rekonstruiert werden kann.

Der Wiederaufbau des Schulwesens und der Schulalltag im zerstörten Deutschland sind von blanker Not bestimmt, es fehlt an allem. Passende Schulbücher können erst nach und nach entwickelt werden. Das Flüchtlingselend und die notwendige Entnazifizierung der Lehrerschaft kommen hinzu. Nur langsam normalisiert sich der Schulalltag.

Bildungspläne spiegeln die neue Ausrichtung der Grundschule

Gab es anfangs haarfein gegliederte Bildungspläne mit einer Fülle von zu unterrichtenden Inhalten, halten immer mehr freiere Bereiche Einzug. Es folgt 1969 auf der Basis des Bildungsplanes von 1958 (Nachfolger des Stoffverteilungsplans für die Volksschule) ein erstmalig spezieller Stoffverteilungsplan für die Grundschule mit einer so dezidiert aufgeschlüsselten Vorgabe, dass die Inhalte des Unterrichts monatsgenau ausgewiesen sind. Einen nächsten Schritt bilden die Lernziel-Taxonomien der Bildungsforschung mit der Annahme, dass mit dem geeigneten Input der gewünschte Output erzielt werden kann. Der Glaube an die Bildungsfähigkeit ist zunächst unerschütterlich; er muss jedoch den negativen Ergebnissen der Realität entsprechend Zug um Zug aufgegeben werden.

Laut Bildungsplan für das Schuljahr 1972/73 soll die Grundschule grundlegende Bildungsarbeit leisten, die den unterschiedlichen Begabungen und der Bildungsamkeit der Schüler gerecht wird durch Anbieten von differenzierten Spiel-, Lern- und Arbeitsformen, um die Fähigkeiten des Einzelnen zu erkennen, zu entfalten und zu fördern. Das didaktische Können des Lehrers und seine Sensibilität rückt in den Blick. Mit der Reduzierung des Lehrstoffs soll angemessene Zeit für die Eigenständigkeit der Schüler und ihrer kreativen Entfaltung zur Verfügung stehen. Der Bildungsplan ist gegliedert in Ziele, Inhalte und Hinweise

Der neue Bildungsplan für die Grundschule 1984 beschreibt den besonderen Erziehungs- und Bildungsauftrag der Grundschule.

Die Grundschule ist die gemeinsame Grundstufe unseres Schulwesens. In sie treten Kinder mit unterschiedlichen individuellen Lernvoraussetzungen und Lern-Erfahrungen ein. Unabhängig von der individuellen Entwicklung sollen die Kinder am Ende der Grundschulzeit über vergleichbare Grundkenntnisse und Fertigkeiten verfügen.

Der besondere Auftrag der Grundschule ist gekennzeichnet durch:

- Förderung der verschiedenen Begabungen der Kinder in einem gemeinsamen, vierjährigen Bildungsgang
- Entfaltung verborgener und nicht entwickelter Fähigkeiten oder Eigenschaften durch stützende, fördernde und ermutigende Hilfen
- Weckung der sittlichen, religiösen, sozialen und freiheitlich demokratischen Gesinnung, auf der das Zusammenleben gründet
- Einübung von Verhaltensweisen und Umgangsformen, die für das Zusammenleben gelten
- Hinführung der Kinder von den Formen spielerischen zu den systematisierten Formen schulischen Lernens und Arbeitens
- Weiterführung der im vorschulischen Alter begonnenen vielfältigen Lernprozesse
- Förderung der Kräfte des eigenen Gestaltens und des schöpferischen Ausdrucks
- Erwerb gesicherter Kenntnisse und Einüben von Fertigkeiten, die für die Lebensbewältigung wichtig und für die Schularbeit grundlegend sind.

Damit sind folgende Prinzipien für den Unterricht bestimmend:

- Förderung der Lernfreude
- Vermittlung von Erfolgszuversicht
- Anregung zum selbständigen Arbeiten
- Hinführung zur Übernahme von Verantwortung
- Grundlegung der Bildung

Erstmalig werden die unterschiedlichen Ziele und Inhalte innerhalb des Bildungsgangs einer Schule und unter den einzelnen Schularten aufeinander abgestimmt.

Den individuellen Ansatz verstärkt der Bildungsplan von 1994 und unterscheidet Wahl- und Pflicht-Lehrplaneinheiten.

Der Bildungsplan von 2004 führt Bildungs-Standards ein, die die Ergebnisse vergleichbar machen sollen und bündelt das 1. und 2. Schuljahr sowie das 3. und 4. Schuljahr. Die Unterscheidung von Kerncurriculum (Pflicht) und Schulcurriculum (örtliche Lehrplaninhalte und deren Strukturierung) stärkt die pädagogische Selbstständigkeit. Er sagt weiter aus, dass zwar der Bildungsplan enthält, was gelehrt werden soll, er stellt dies aber in den Dienst eines umfassenden Erziehungs- und Bildungsauftrags durch die Gesellschaft. Die zu vermittelnden Kompetenzen der Schüler sind sicherzustellen. Der Weg dazu steht dem Lehrer weitgehend frei.

PISA Ergebnis schreckt die Bildungslandschaft auf

Die Ergebnisse von PISA halten Einzug in die Bildungsdiskussion und räumen mit aufgezeigten Mängeln mit dem Vorurteil auf, mit der Bildung stehe es in Deutschland zum Besten. Die Lernforschung findet mit ihren Ergebnissen nunmehr Gehör. Einer der prominentesten Vertreter, Professor Dr. Dr. Spitzer, war sogar mit seinem Vortrag am Kinder- und Jugendtag 2006 in Dunningen zu Gast. Die Wirksamkeit der Lernumstände wird herausgestellt, was ein Umdenken in der Bildungslandschaft zur Folge hat. Der Klassenteiler kommt in Bewegung und sinkt in der Grundschule auf 28. Die Bedeutung von Sozialarbeitern wird erkannt und führt später zur Einstellung von Pädagogischen Assistenten – an Grundschulen allerdings nur im Ausnahmefall. Es wird erkannt, dass der Vorsprung anderer Länder (Finnland und Kanada werden beispielhaft genannt) nicht „über Nacht“ aufgeholt werden kann. Die Aufwendungen im Bildungsbereich dort betragen das Drei- bis Vierfache

wie hierzulande. Zwar wird die Notwendigkeit zur besseren Finanzausstattung gesehen und in Baden-Württemberg sogar ein Bildungsbeirat hochkarätigster Bildungspersonlichkeiten eingerichtet; die verbesserte Finanzierung der Bildung erreicht bei weitem jedoch nicht den notwendigen Rahmen der führenden Nationen, und somit bleiben deren Spitzen-Ergebnisse eben aus.

Individuelles Lernen und Bedürfnisse des Einzelnen

Das individuelle Lernen und die Bedürfnisse des Einzelnen dafür stehen nun im Mittelpunkt. Das Gehirn „lernt immer“ (Spitzer). Es gilt den Rahmen und die Bedingungen zu schaffen, Lernen zu ermöglichen, zu begünstigen und zu fördern. Neue Lernformen für das individuelle Lernen halten Einzug mit Wochenplan, Lerntheken usw. . Der Frontalunterricht in der großen Klassengemeinschaft kann die individuelle Förderung nicht immer leisten; das Erlernen des selbstgesteuerten Lernens wird zur Schlüsselqualifikation. Jahrgangübergreifender Unterricht wird mit guten Ergebnissen erprobt, ermöglicht und durch eine weitere Senkung des Klassenteilers auf 25 gefördert. Eine Lawine der Neuerungen und des Aufbruchs rollt durch die Bildungslandschaft. Die Bedeutung der Sprache und der Kommunikation wird herausgestellt und mit Förderprogrammen im Vorschulbereich aufgegriffen, um zu verhindern, dass sich Sprachbarrieren als Lernbarrieren auswirken und gescheiterte Schulkarrieren zur Folge haben. Gerade im Hinblick auf Migranten gilt es, den Teufelskreis der Ghetto-Situation und des Verharrens auf einem niedrigen Bildungsniveau zu durchbrechen.

Die Problematik durch Abschotten bildungsferner Schichten wird erkannt - ebenso wie das Erziehungsversäumnis vieler Familien in Wohlstandverwahrlosung. Nirgendwo wird der Zusammenhang von Herkunft und Bildungserfolg so deutlich wie in Deutschland. Das Elternhaus dominiert bei Schulerfolg und Bildungskarriere.

Die Antwort darauf ist die Stärkung der Betreuung über möglichst viele Stunden hinweg, um den Bildungsnachteil diesbezüglicher Familien aufzuholen. Die Ganztageschule ist die folgerichtige Einrichtung. Überall werden derzeit Betreuungsangebote geschaffen, die den Kindern über den ganzen Tag hinweg Bildungsangebote in sinnvollem Rhythmus machen insbesondere im Hinblick auf deren vielfältige individuelle Fähigkeiten und Interessen.

Besonderen Einfluss nehmen wird auch die Inklusion (vollwertiges Einbeziehen) von Kindern mit anerkanntem sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelunterricht. Den Eltern dieser Kinder steht auf Wunsch der Besuch der Regelschule offen. Diesen Kindern hat der Lehrer angemessene Lerninhalte aufzubereiten und es im Rahmen seiner persönlichen Möglichkeiten und Fertigkeiten zu fördern.

Betreuungsangebote

War es nach dem Krieg zunächst die Aufbewahrung der Kinder mit heute unvorstellbar großen Gruppen von 80 Kindern unter Obhut der Ordensschwester, so hat sich heute eine Vielfalt von Betreuungsformen und davon abhängigen Gruppengrößen ergeben (siehe Darstellung der Kindergärten). Dies hat zur Folge, dass die Eltern heute mit einer Erwartungshaltung für Betreuung aus dem Kindergarten an die Grundschule herantreten und diese geradezu einfordern.

Bereits im Schuljahr 2000/01 gab es im Rahmen der Verlässlichen Grundschule (die Unterrichtszeiten sollen für die Eltern verlässlich sein) in Seedorf erste Bemühungen um Kernzeitenbetreuung vor und nach dem Unterricht in Kooperation mit der Musikschule Dunningen. Durch die starke Fluktuation der Betreuer wurde die Kernzeitenbetreuung an die Kindergärten verlegt mit der Vorgabe, dass durch die Nutzung des Schülerverkehrs alle drei Ortsteile einbezogen werden konnten.

Als nächster Schritt folgte 2005 die Hausaufgabenbetreuung mit Mittagstisch in zunächst nicht ganz idealen Räumen im UG des Grundschulgebäudes. Von anfänglich nur wenigen Kindern angenommen, wuchs die Zahl im Verlauf des ersten Jahres auf 10 % (25 Kinder) und stieg kontinuierlich weiter an. Einen Schub für die Betreuung gab es 2009, als neue Räumlichkeiten mit Cafeteria angebaut wurden. Auf Grund der zurückgehenden Schülerzahl stehen die Pavillonräume ausschließlich für die Betreuung zur Verfügung.

Im Schuljahr 2010/11 wurde auch die Kernzeitenbetreuung vor und nach dem Unterricht folgerichtig als schulisches Angebot in diese Räume verlegt. Heute nehmen mit über 70 Kindern ca. ein Drittel aller Schüler die Betreuungsangebote wahr. Hinzu kommen ca. 160 Buchungen von Nachmittagsangeboten der Ganztageschule. Der Bedarf der Ganztageschule/-betreuung hat sich stabilisiert und fest etabliert. Solche Angebote gelten mittlerweile als weiche Standortfaktoren, die im Falle eines möglichen Zuzuges von Eltern sehr genau geprüft werden. Auch aus diesem Grund ist ein Umsetzen der Betreuungsangebote für Kommunen und Gemeinden geboten.

Die im Gang befindliche umwälzende Entwicklung der Schulsituation wird durch den Rückgang der Schülerzahlen im Zuge des demographischen Wandels dramatisch beschleunigt. In vielen Gemeinden stehen Schulen zur Disposition. Die alte schwarz/gelbe Landesregierung versuchte durch die Einführung der zweizügigen Werkrealschulen dem zu entsprechen, wobei die Haupt- und die Realschule verschmolzen worden wären und dennoch viele bisherige Schulstandorte ausgeblutet wären.

Die neue rot/grüne Landesregierung möchte mit den geplanten Gemeinschaftsschulen noch einen wesentlichen Schritt weiter gehen. Sie erlaubt (im begründeten Einzelfall sogar einzügig) den Unterricht in derselben Klasse nach den Zielen der Hauptschule, der Realschule sowie des Gymnasiums. Dies setzt allerdings neue Lernformen voraus, bei denen die Schüler selbstständig in Lerngruppen arbeiten. Es wird abzuwarten sein, wie sich dieser neue Schultypus entwickeln kann und wo die Lehrer mit dieser besonderen Qualifikation herkommen werden. Entscheidend wird sich die Entwicklung der Schülerströme auswirken, was den Erhalt oder die Entwicklung der jeweiligen Schulstandorte maßgeblich bedingen wird.

Noch nie war die Entwicklung und Neuausrichtung der Schulen so in Bewegung geraten wie heute. Es wird spannend werden, sie auf diesem Weg zu begleiten.

Für den geschichtlichen Rückblick lag ein Sonderdruck der Zeitschriften GRUNDSCHULE des Westermann-Verlages vom Februar 2010 zugrunde.